



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/212

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59

Fernschreiber 039890

Zur Selbstauflösung der SRP	S. 1
Kabinett Pinay in Schwierigkeiten	S. 3
Grundrechte des Parlaments in Gefahr	S. 4

Die Verschwörung

P.R. Man wird es zunehmend deutlich verspüren, dass die Selbstauflösung der SRP ein Teil im Spiel der reaktionären Kräfte gegen die Sozialdemokratie, weniger eine interne Angelegenheit der SRP selbst. Die offizielle Begründung für den Beschluss zur Selbstauflösung, die Parteimitglieder seien vom sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst bedroht, weil die Mitgliederlisten über das niedersächsische Innenministerium Körthin gelangt seien, ist recht kindisch. Vor d e z Leuten braucht man sich in der SRP nicht zu fürchten, man denke nur an die bekannte Selbstcharakterisierung Remers als eines politischen Verkehrsschutzmannes, den Russen den Weg nach Westen zu weisen, wenn sie kommen sollten.

In der letzten Zeit ist - vor allem in Niedersachsen - das Bestreben gewisser bürgerlicher Gruppen und insbesondere der weit nach rechts tendierenden Kräfte in ihnen immer klarer geworden, die Aktivitäten dieser SRP, die durch das Propagandaverbot schon weitgehend lahmgelegt waren und durch ein generelles Verbot der Partei völlig ausgeschaltet würden, sich rechtzeitig nutzbar zu machen. Dazu ist der Hebel im eigentlichen Heimatland der SRP, in Niedersachsen, angesetzt worden. Gezeichnenderweise über einen sehr hohen Beamten im Innenministerium des Naziministers Frick und mit Unterstützung eines massgebenden Funktionärs der heutigen Bundesregierung, der ebenfalls in der damaligen Zeit eine grosse

Rolle spielte. Der Kampf aller dieser Kräfte gegen die Regierung Kopf, bestehend aus SPD, Zentrum und BHE, wird seit langen verhasst geführt. Ein Regierungswechsel könnte aber nur dann erfolgen, wenn die dreizehn Abgeordneten der SRP als "Unabhängige" en bloc oder als Einzelperson in andere Fraktionen infiltriert, ein neues Kabinett durch positive Stimmabgabe, wenn auch vielleicht ohne Beteiligung an der Regierung selbst, tolerieren würden.

Die Mitglieder würden von "ihrer Gefolgschaft zur SRP" entbunden werden, und die Abgeordneten in Zukunft als "unabhängige Abgeordnete" in den Länder- und Kommunalparlamenten auftreten, hiess es zum Selbstauflösungsbeschluss. Ein führender Abgeordneter der Bundestagsfraktion der CDU hat daraus die Folgerung gezogen, die der Hintergrund des taktischen Manövers der Selbstauflösung enthält: Selbstverständlich könne die CDU nicht mit der SRP koalieren. Aber warum sollten nicht ehemalige Angehörige dieser Partei für die Regierungseite tätig sein? - Im übrigen darf man ja auch nicht vergessen, dass Wahlbündnisse zwischen der CDU und der SRP schon häufig zustande gekommen sind. Das freilich hat man auf der relativ hohen Länderebene, noch dazu angesichts der unmittelbaren Bedrohung der SRP durch den Spruch von Karlsruhe, nicht wagen wollen.

Die Verschwörung ist nach zuverlässigen Anzeichen vor allem im Bundeskanzleramt und in der CDU ausgeheckt worden, im Bundesinnenministerium und im Bundesjustizministerium scheint man zurückhaltender gewesen zu sein. Mit dem Bundeskanzler selbst ist frühzeitig über das einzuschlagende Verfahren, das über die SRP geht, gesprochen worden. Bei alledem muss man hinzufügen, dass auch innerhalb der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme vielleicht der DP, über die Zweckmässigkeit eines so plump getarnten Zusammengehens mit den Neofaschisten sehr verschiedene Auffassungen bestehen.

Einen Mangel an "deutsche Solidarität" hat dieser Tage im Zusammenhang mit europäischen Fragen der CSU-Abgeordnete Strauss den Sozialdemokraten vorgeworfen. Wie wäre es einmal mit einer "demokratischen Solidarität" in deutschen Fragen, noch dazu, wenn es sich um Lebensfragen handelt? Die letzten Ereignisse freilich bestätigen die alte Erkenntnis: Die Aussichten des Neofaschismus und Radikalismus, in Deutschland wieder zum Zuge zu kommen, liegen weniger in der SRP oder anderen rechtseradikalen Parteien oder Organisationen, als vielmehr in dem mangelnden Entschluss grosser Teile des Bürgertums, um politische und menschliche Grundrechte zu kämpfen und der sich daraus ergebenden inneren Kapitulationsbereitschaft dieser Kräfte, die dazu neigen, trotz der Erfahrungen des Dritten Reiches mit dem Neofaschismus ein Bündnis einzugehen.

Auch der französische Liberalismus in der Sackgasse

Von unserem Pariser H.A.-Korrespondenten

Die Regierung Pinay ist nun sechs Monate alt. Das ist für französische Verhältnisse kein schlechtes Alter und dient als Anlass einer vorläufigen Bilanz des im Gange befindlichen liberalen Experiments. Als Pinay sein Ministerium formierte - das neueste seit Kriegsende - begegnete ihm zwar die Arbeiterschaft mit Misstrauen, aber alle bürgerlichen und konservativen Schichten, die Besitzenden in den Städten und auf dem Lande, atmeten erleichtert auf. Pinay wollte keine neuen Steuern mehr, er amnestierte die Steuerhinterzieher und wollte die Investitionen, die bisher der Staat finanziert hatte, durch freiwillige Anleihezeichnungen gedeckt sehen. Auf diese Weise wurde die Politik des "Vertrauens" in die Kapitalisten eingeweiht, die zu einer ausgedehnten Preissenkung führen sollte.

Wie verhält es sich nun heute? Es gab zwar keine neuen Steuern mehr, und die Amnestie hat viele Schwindler beruhigt. Aber das "Vertrauen" hat bisher nur eine sehr geringe Wirkung ausgeübt. Die Anleihe erbrachte, obwohl sie äusserst günstig gestaltet wurde und durch den Goldkurs gesichert ist, nicht mehr als die des Jahres 1950. Sie war eine Enttäuschung und beseitigte nicht das Defizit. Die Kriegsgeschädigten müssen noch weiter warten, der Wohnungsbau, den die Anleihe finanzieren sollte, steht still. Die mit grossem Aufwand durchgeführte Baissekampagne war ein Fiasko. Der Gesamtindex zeigt seit Februar eine Senkung von 2.5 %, während seit August die Lebensmittelpreise ununterbrochen steigen (Fleisch um 25%). Da die französischen Preise mit etwa 20% über denjenigen der ausländischen Konkurrenten liegen, konnte die Aussenhandelsbilanz auch nicht verbessert werden.

Es ist also Grund genug da, um die anfängliche Freudenstimmung sowohl auf seiten der Regierung wie auf der der Besitzenden, die sie bejubelten, zu vergällen. Seit Monat August werden die Worte Pinays an die Adresse der Industriellen und Händler immer schärfer. Während seines Ferienaufenthaltes in Savoyen hörte er nicht auf, mit "harten Massnahmen" zu drohen. Der Landwirtschaftsminister Laurens nannte zu gleicher Zeit den Wirtschaftsliberalismus ein System, das "zu oft

die Freiheit des Wolfes im Schafstall sei. Der Innenminister sprach von der Notwendigkeit, "die erforderlichen Disziplinen aufzuerlegen, wenn das gute Zureden nichts nützt".

Die Regierung hat noch eine kurze Frist bis zum Parlamentszusammentritt im Oktober. Gegenwärtig ist sie in einer schwierigeren Situation als zu Beginn ihrer Tätigkeit. Alle Grundprobleme sind dieselben. Die Ministersitzungen lösen einander ab, und man weiss noch nicht, welche endgültige Form die "harten Massnahmen" annehmen werden. Es ist wahrscheinlich, dass ihnen ein neuer Appell an den guten Willen der Besitzenden vorangehen wird. Gleichzeitig werden aber "autoritäre" Schritte der Preiskontrolle erwogen, die von den verschrienen Kabinetten der Vergangenheit, allerdings mit wenig Erfolg, versucht wurden. Das wäre aber das deutliche Eingeständnis des Schiffbruchs des mit vielen Lärm begleiteten liberalistischen Experiments Pinays. Und die Handelszeitung "Les Echos" fragt bereits mit viel Angst, ob nicht der Ministerpräsident so weit wäre, "gewisse Plantheorien" anzunehmen?

+ + +

Es geht um deutsches Schicksal

(sp) Die bisherige Beratung der Bonner Verträge und des EVG-Vertrages in den Ausschüssen des Bundestages hat bestätigt, dass die gewissenhafte Überprüfung der Verträge, zu der das Parlament verpflichtet ist, nicht im Laufe des Oktober abgeschlossen werden kann. Selbst bei der grösstmöglichen Beschleunigung der Beratungen dürfte es Anfang Dezember werden, bevor die Ausschüsse dem Bundestag die Ratifizierungsgesetze zur zweiten Lesung zuleiten. Mit den Verträgen ist eine solche Fülle entscheidender politischer, wirtschaftlicher, juristischer und militärischer Fragen verbunden, dass selbst dieser Termin eher zu früh als zu spät liegen dürfte. Von dem bestehenden Verfassungskonflikt über die Rechtsgrundlage der Verträge abgesehen ist der Termin der Ratifizierung einzig und allein vom Ablauf der sachlichen Beratung in den Körperschaften des Parlaments abhängig.

Wenn der Bundeskanzler unter Hinweis auf die amerikanischen Präsidentschaftswahlen oder auf die französische Nationalversammlung oder noch ganz unter dem Eindruck des Besuches eines amerikanischen Generals stehend, eine andere Auffassung vertritt, indem er einen

Termin nennt, bis zu dem in Bonn ratifiziert worden sein soll, so ist das eine Haltung, die die Pflichten des Bundestages und das Wesen der parlamentarischen Demokratie überhaupt ignoriert. Bisher haben die Regierungsparteien in den Ausschüssen diesem Drängen nicht nachgegeben.

Es hat lange gedauert, und es bedurfte wohl erst jener an Kriegserdrückungen nicht armen Rede Eisenhowers, um die Erkenntnis wachsen zu lassen, dass es eine schlechte Sache ist, wenn eine deutsche Regierung meint, einen Präsidentschaftskandidaten bis zur Subordination der nationalen Entscheidungen unter den amerikanischen Wahltermin, unterstützen zu müssen. Genau so unvertretbar ist Adenauers neues Argument, der Bundestag müsse vor der französischen Nationalversammlung die Ratifikationsgesetze billigen. Der Bundestag hat dann über die Verträge zu entscheiden, wenn er ihre Überprüfung abgeschlossen hat. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass er dafür mehr Zeit brauchen wird, als die französische Nationalversammlung, denn Frankreich sieht sich mit den Verträgen bei weitem nicht vor so tief in das Leben jedes einzelnen Bürgers greifenden Entscheidungen gestellt, wie die Bundesrepublik.

Der Bundeskanzler sollte endgültig jeden Versuch aufgeben, die Körperschaften des Parlaments unter Druck zu setzen. Er ist dazu weder verfassungsmässig noch politisch berechtigt. Ein Kabinettschef, der es während der Verhandlungen so schwerwiegender Verträge nicht für notwendig hielt, den Bundesrat zu unterrichten, wie die Verfassung es verlangt, und der gleichzeitig auch den damals gebildeten Unterausschuss des auswärtigen Ausschusses völlig ignorierte, hat allen Grund, wenigstens die von ihm vollendeten Tatsachen der Entscheidungsmacht des Parlaments zu überlassen. Jeder Versuch der Regierung, diese Entscheidungsmacht in irgendeiner Form sachlich oder zeitlich zu begrenzen, ist eine Verletzung der Grundrechte des Parlaments. Die letzte Erklärung des Bundesratspräsidenten hat gezeigt, dass die Länder entschlossen sind, keinem Versuch zur Ausschaltung des Bundesrates mehr nachzugeben. Es ist eine der grundlegenden Aufgaben für unsere parlamentarische Demokratie, dass der Bundestag eine nicht weniger eindeutige Haltung vertritt.

Verantwortlich: Peter Raunan